

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
38 (1924)**

106 (8.5.1924)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-475128](#)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Monatspreis beträgt für einen Monat 1.00 Goldmark frei Haus, ihr Abonnement der Ge- einten Peterstraße Nr. 76 1.50 Goldmark, durch die Post bezogen für den Monat -- 1.50 Goldmark --

Preis 10 Pfennig

Republik

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76.
Fernsprecher Nr. 56.

Wilhelmshaven-Küstringen, Donnerstag, 8. Mai 1924 * Nr. 106

ger Volksblatt

Redaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 56**„Nationale“ Regierungskombinationen.**

Die Abgeordnetenzahl im neuen Reichstag und die Stärke der einzelnen Parteien und Gruppen steht nunmehr fest. Damit ist das Signal zum Beginn eines großen Konsens über die Möglichkeiten einer so mendenen Regierungsbildung gegeben. In der Tat, schon jetzt werden alle möglichen Vereinigungen angestrebt, aber kaum eine führt zum Ziel. Entscheidend für die Zusammensetzung der neuen Regierung ist vor allem, darüber ist sich alle Welt klar, die Stellung der einzelnen Parteien dieser Regierung zu dem Sachverständigengutachten. Jetzt, wo die Gefahr ansteckt, eventuell an verantwortlicher Stelle in der Regierung Farbe definieren und über das Schicksal des deutschen Volkes entscheiden zu müssen, hoffen sich die Deutschnationalen in Schweigen und Herr Dr. Hergt ist für keinen Journalisten zu sprechen, der wissen möchte, ob die Deutschnationalen, wie im Wahlkampf verkündet, für unbedingte Ablehnung der Vorherrschaft der Sachverständigen sind.

Entsprechend ist die Haltung der Deutschnationalen preis. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt zu der Behauptung, daß der neue Reichstag eine Mehrheit für die Annahme des Gutachtens darstelle, lediglich: „Hinter diese Behauptung möglichen wir einsteuern ein großes Fragezeichen machen.“ Und im übrigen schweigt sie sich aus zu diesem wichtigen Problem. „Im hohen Maße schädlich müßte“, so meint die „Tageszeitung“, von vorn herein die Annahme des Nobinets Marx zu dieser Frage (Sachverständigengutachten) wirken.“ Auch dieses Blatt verneint sich gegen die Auffassung, als wenn die Reichstagswahlen eine klare Mehrheit für eine bedingungslose Annahme des Sachverständigengutachtens ergeben hätten. Aber klar drückt es sich ebenfalls nicht über die künftige Stellung der Deutschnationalen Fraktion aus. Das Blatt erklärt lediglich: „Unsere außenpolitische Situation würde wesentlich besser sein, wenn alle zum mindesten den Deutschnationalen Standpunkt nach außen zur Schau trügen, doch wir ebenso wie unser Gegenspieler Poincaré zwar das Sachverständigengutachten im ganzen ablehnen, aber doch über einzelne unumstößliche Punkte verhandeln müffen.“

Ganz klar steht dagegen die „Deutsche Zeitung“, die dem völkischen Flügel der Deutschnationalen zum Sprachrohr dient. „Die Deutschnationalen gehören an die Seite des völkisch-nationalen Blocks... Sie haben in ihrer eigenen Fraktion die scharfen Gegner der Erfüllungspolitik jetzt mehr als je zuvor.“ Daher bezeichnet das Blatt die Bildung einer Regierungskombination aus den bürgerlichen Parteien der Mitte und als Vertrag. Ein Bündnis von Deutschnationalen und Zentrum mit der Deutschen Volkspartei wäre nicht der „Bismarck-Bloc“ vom Mai 1889, sondern lediglich der blau-schwarze „Bethmann-Bloc“. Unmöglich könne Herr Hergt zu Herrn Marx geben, um diesen abgesagten Führer zum Eintreten in seine Regierung zu bewegen, wie es noch dem Wahlkampf 1920 der Volkspartei Dr. Heine bei Hermann Müller getan habe. Es würde wahrscheinlich die Einheit der Fraktion schon über dieser Frage zerreissen. Daher müsse die deutschnationale Fraktion, nach der Auflösung des Maurenbrecher-Dreiecks zunächst in unbedingter Einheitsfront mit den anderen Gruppen bleichen, die sich bisher schon gegen die Erfüllungspolitik und für eine nationale Befreiungspolitik ausgesprochen haben. Die Regierung der bürgerlichen Mitte dürfen die Deutschnationalen nicht wollen. Es bleibt nur die nationale Regierung in Gemeinschaft mit den anderen Bestandteilen der bisherigen nationalen Opposition und mit rücksichtsloser Verwertung aller nationalen Gedanken, ohne Komromisse mit den bisherigen Erfüllungsparteien!“

Für dieses völkisch-deutschnationale Gemisch errechnet das Blatt zwar nur 174 Mandate. Diese 174 Abgeordneten müßten sich zu einer reinen Arbeitsgemeinschaft zusammenfinden. „Sie müßte vom Reichspräsidenten Ebert erzwingen, daß er ihre Führerfraktion, die Deutschnationalen, mit dem Reichslandtag vertraut und ihr die Aufsicht gibt, die neue Regierung zu bilden... Berichtet der Reichstag ihr das Vertrauen, so müßten sie von Herrn Ebert die Auflösung des Reichstages erwirken...“ Beugt sich der Reichspräsident diesem entschiedenen Willen des nationalen Blocks nicht, so kommt der Volksentscheid, „der das Über-Verlängerungsgefecht des verlorenen Reichstages aufhebt und Neuwahl des Reichspräsidenten ergibt“. Hilft das noch nicht, was dann? Dann wird die „parlamentarische Obstruktion“ der vor der Stimming der Bevölkerung getragenen nationalen Parteien unterstellt durch das ebenso rücksichtslose Einsetzen der überparlamentarischen Machtmittel, die die hinter ihnen stehenden Volkskreise in wirtschaftlicher Beziehung bestimmen. So kann „der Sieg der nationalen Sache nicht fehlen“. Wie man sieht, ein ganz einfaches, probates Mittel. „Alles kommt darauf an, daß die Deutschnationalen

300 000 Bergarbeiter ausgesperrt!

(Eigene Drahtmeldung aus Düsseldorf.) Seit Dienstag sind sämtliche Bergarbeiter des rheinisch-westfälischen Industriegebietes ausgesperrt. Eine Delegation, der Bergarbeiter in dem Laufe des Dienstes bei dem Stellvertreter des Oberbefehlshabers der Deutschen Truppe, vorher gewesen, wurde von der Beauftragungskommission der Deutschen Truppe, vorher gewesen, überweisen, daß die Bergarbeiter ausgesperrt seien. Die Lage ist sehr gespannt. Sie wird besonders dadurch verschärft, daß die Separatisten eine große Agitation unter den Bergarbeitern entfalten. Man zählt jetzt 300 000 ausgesperrte Bergarbeiter. Die Oberschicht fordert die Bergarbeiter ausgesperrt durch partipolitische Interessen unter ihnen oder überwiegend mit der Stellung neuer Betriebe, vor allen der Metallindustrie, rechnen.

(Bochumer Eigenmeldung.) Die am Dienstag abgehaltene Revierkonferenz des Deutschen Bergarbeiterverbandes löste folgenden Beschuß: Die Revierkonferenz stellt sich hinter den Beschuß der Konferenz des 30. April und fordert, daß drüsig zum Ausdruck, daß sie alle Parteien politischer Partei, insbesondere die in letzter Zeit herausgebrachte Generalstreik-Partei der RDP, ablehnen, da sie allgemein mit der Bergarbeiter aufzugeben. Sie fordert, daß die Bergarbeiter aufzugeben. Die Bergarbeiter aufzugeben durch partipolitische Interessen unter ihnen oder überwiegend mit der Stellung neuer Betriebe, vor allen der Metallindustrie, rechnen. — Der Sinn dieses Beschlusses ist eine Wiederholung der Auflösung der Bergarbeiter, und sieben und achtzehn Jahre zurückzuführen. Der Bergarbeiterverband weiß nachdrücklich darauf hin, daß er von politischen Generalstreik-Parteien nichts will. Tatsächlich sind die Wirkungen vieler Beschlüsse eine Stilllegung des Ruhrbergbaus, die die Unternehmer die von ihnen angestrebte Auspaltung der Arbeit, die auch sehr reichsamtlicher Arbeitgeber die Werke verlassen, in allen Gebieten des Ruhrbergbaus konsequent durchzuführen. Auf einer Ansicht von Reichen ist mit dem Streit anzuwenden werden.

Die Differenzen im sächsischen Bergbau.

(Dresdener Eigenmeldung.) In sämtlichen Betrieben des sächsischen Bergbaus wurde am Montag Nachmittag bekannt, daß sich alle Arbeiter bei weiterer Beleidigung, die durch die Schließung bestimmter Säume zu verstehen, als entlassen zu betrachten haben. Die Bergarbeiter lassen sich diesem Befehl nicht unterwerfen. Daraus ist am Dienstag in allen Betrieben, mit Ausnahme der staatlichen Steinkohlenbergwerke in Bautzen, die Gesamtausschüttung erfolgt. Die Rothandschörken werden zunächst in der Hauptstadt des Bezirksteils verbleiben.

Schon wieder Portoporeuerung?

Wie die T. N. erläutert, beschäftigt die Reichsverwaltung, eine Erhöhung der Portoporeuerung vorgesehenen. Aus dem vorgenannten Beschuß des RDP-Bundes und der neuen Regelung der Wehrmacht für Kosten der 2. und 3. Zone soll sich eine Mehreinnahme von rund 16 Millionen Goldmark jährlich ergeben.

für ein ungefeiste Preußen.

Im alten Rathaus zu Hannover fand gestern eine Landesversammlung des sächsischen Ministeriums statt, um ein ungefeiste Kreditaufschub für ein ungeteiltes Reichsland Sachsen zu erlangen. Die obere Versammlung der ganzen Provinz Hannover, sowie die Bevölkerung der Landwirtschaft und Handelswelt, der hannoverschen Provinz und der Münchener eingeladen. Der regierende Ministerpräsident Braun betonte, daß die Staatsregierung und ihre Organe nicht nur das Recht, sondern auch die heilige Pflicht hätten, für ein ungefeiste Preußen einzutreten.

Die neue sozialdemokratische Fraktion.

Das Wahlergebnis vom 4. Mai ergibt für die Sozialdemokratie 100 Mandate. 82 entfallen davon auf die Wahlkreise 12, 12 auf Littauerwahlkreis und 8 auf die Reichswahlkreise. Da die Senatoren Hermann Müller, Wels, Gräfin, Marie Juch und Johanna Reihe an aussichtsreicher Stelle auf der Reichstagsliste

Partei die grohe Stunde versteht, daß sie rücksichtslos und radikal bleibt.“

Wie es dabei dem deutschen Volle und der deutschen Währung ergeht, das spielt gar keine Rolle!

Die Freude der Deutschnationalen, daß sie als „häßliche Partei“ aus dem Wahlkampf hervorgegangen sind, war nur vorübergehend. Tatsächlich ist auf Grund des vorläufigen amtlichen Wahlgebietes die Sozialdemokratie die häßliche Partei mit 100 Sitzen. Ihr folgt die Deutschnationalen Partei mit 96 Mandaten. Ob ihr Herzog, „ähnliche Partei“ zu sein, durch den Einstieg der Landbündler Wähllichkeit wird, steht vorläufig noch nicht endgültig fest. Selbst dann aber wird die Deutschnationalen nur zum Zeichen der „ähnlichen Partei“. Das Ergebnis lädt wahrscheinlich keine Änderungen mehr erkennen, da der Reichsbundesträger die auf Grund der telegraphischen und örtlichen Berichte vorgenommene Abstimmung am Dienstag mittags abgeschlossen hat. Das Ergebnis wird insgesamt als „vorläufig amtlich“ bezeichnet. — Auf die übrigen Parteien entfallen folgende Mandatenzahlen: SPD 65, Kommunistische Partei 62, Deutsche Volkspartei 14, Deutschnationale Freiheitspartei 12, Demokratische Partei 16, Sächsische Bauernpartei 10, Landliste 9, Deutschnationalen 5, Deutschnationale Partei 4. Die übrigen Parteien haben kein Mandat erhalten. Abgezogen wurden insgesamt 29 257 116 gültige Stimmen, die 471 Mandate ergeben. Wir werden auf Grund unserer neuen Mandat-Zählung auf jeden Fall die tatsächlichen Ergebnisse mitteilen. Zur besseren Orientierung haben wir es hier wiederholts.

Handen, in ihren Wahlbezirkten gewählt wurden, sind von der Reichsleitung folgende Personen als gewählt zu betrachten: Dr. Höller, Dr. Dr. Heinrich Schmid (Bauarbeiter-Verband), Reichsamtsschreiber Soenger-Münder Steinzeug-Vereinerverband, Stampfer, Dr. Adolf Braun und August Ludwig.

Soviel wie feststellen konnen, kam außer den für die Reichsleitung gewählten folgenden Sozialdemokraten 30 wählt, von denen die mit einem „X“ gekennzeichnet noch nicht Mitglied des Reichstages waren:

Otto Braun, Pätzsch, Gräfin, Heimann, Frau Bohm-

Schule, Aufhäuser, Siebel, Eduard Bernstein, Blümke, Bößel,

Breitfeld, Bräuer, Dr. Eber, Löbe, Seppel, Dr. Marx, Thaebel,

Audius, Clausi, Gustav Bauer, Silbermann, Blümke, Kuhn,

Kurt Arndt, Dr. Rosenthal, Träuble, Matthes, Baur, Luise

Schrader, Gauerstedt, Weißmann, Johanna Reihe, Baumgärtner,

Denk, Louis, Dr. Schmidt, Schiedemann, Dömann, Dösch,

Dösch, Hermann, Ulrich, David, Sollmann, Emil Gräfmann,

Lünkrath, Dr. August, Thobor, Auer, G. Simon, Frau Toni

Bülow, Burgau, Hermann Müller, Vogel, J. Simon, Selbel, Jakob

Schumann, Alexander, Toni Sander, Max Schmidt, Seitz, Röpke, Späth,

Saupe, Ströbel, Schenck, Kühn, Reil, Gildebrand, Peter

800 000 verlorene Stimmen.

Die Zulässigkeitsurteile des Wahlrechtsausschusses haben ergeben, daß noch Mandate bleiben: die RDP, die Württembergische Volksvereinigung, der Anteilswahlkreis, der Bund für Wiederaufruhr und die nationalen Minihäfen, weil sie in keinem Wahlkreisverband die Mindestzahl von 50 000 Stimmen erreichten. Außerdem verlieren aus diesem Grunde der Bauernverein und der Wirtschaftsverein und die Deutsche Sozialistische Partei je 2 Sitze, so daß 14 Sitze mit über 800 000 abgesetzten Stimmen verfallen.

Das war unerlaubt zu erwarten, wenngleich auch vor der Wahl zweiten Wahlganges stricte genötigt wurden in 300 000 Wähler haben somit ihren Stimmzettel umsonst in die Urne geworfen.

Regierungskrisen in Mecklenburg.

(Eigene Meldung aus Schwerin.) Die Kommunen stellen am Dienstag im Landtag den Antrag, dem Gesamtministerium das Vertrauen zu entziehen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Am Anfang daran beantragte die Sozialdemokratische Partei, dem Ministerpräsidenten Herrn v. Brandenstein das Vertrauen zu entziehen, da er seine klare Stellung zu dem Sachverständigengutachten eingenommen habe. Dieser Antrag wurde mit 35 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten die Sozialdemokratische Partei, Kommunisten und Demokraten. Das Ministerium erklärte darauf in seiner Gesamtheit den Rücktritt. Auf der Tagessitzung der Regierungseröffnung steht als erster Punkt die Neuwahl des Ministeriums.

Den Deutschnationalen muß man jedenfalls nachlösen, daß sie konzentriert gewesen sind und ihre Bekämpfungswaffen in Tätigkeit. Und dort besteht eine Regierung, die von den Deutschnationalen ausgeschließen gefordert wird, aber trotzdem für die Annahme des Sachverständigengutachtens 40 Minuten ohne das deutshüttische Gründchen Thüringen liegen einen Abstandnahmen gemacht haben. Es scheint also, daß man sie jetzt in den Reihen Wählischen über die Erfüllungspolitik nicht nur in den Reihen Wählischen über die Erfüllungspolitik nicht nur in den Reihen Wählischen geholt und hier und dort vertrieben. Über 12 Herrn Minister immer nach Deutcher Erfüllung der Rekonstruktionsverpflichtungen.

Reichspräsident Ebert ist aus Bad Mergentheim

wieder in Berlin eingetroffen.

In Berlin, Hamburg, Bremen haben die Werkstätter mit erster Wehrheit den Schießstand abgeriegelt.

Nicht weitergeholt. Parlamentarier. Die früheren Abgeordneten und Dekus von den Demokraten sind nicht wiedergewählt worden. Ferner haben Wahr, Goebel und Hoffmann nach langer parlamentarischer Würde aus dem Reichstag. Bei der Volkspartei fehlen Frau v. Oheimb und Staroeff nicht wieder.

Im bisherigen Reichstag waren 173 Sozialdemokraten, 67 Kommunisten, 64 Zentristen, 66 Katholiken, 15 Kommunisten, 3 Wöhle, 30 Demokraten, 20 Bayerische Volkspartei, 4 Sächsische Bauernpartei, 2 Westen, 2 Bartelose, insgesamt 469 Abgeordnete, so daß die Vermehrung der Mandate nach diesen vorläufigen Resultaten 12 beträgt. Die Gesamtmandatenzahl beträgt 600, wie gelöst schon mitgeteilt, 29 257 116, wovon auf die Sozialdemokraten 5 978 770 entfallen.

Wichtig erscheint uns als Richtung zu unserer Betrachtung über den Wahlkampf noch darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie gemeinsam mit den Kommunisten in der Regierung eine Erfüllungspolitik verfolgt, die eine Sozialdemokratie in Berlin vorbereitet, zu verhindern. Die Sozialdemokratie und die Kommunisten helfen zusammen, um die Befreiungspolitik nicht nur in den Reihen Wählischen über die Erfüllungspolitik nicht nur in den Reihen Wählischen geholt und hier und dort vertrieben. Über 12 Herrn Minister immer nach Deutcher Erfüllung der Rekonstruktionsverpflichtungen.

(Berliner Eigenmeldung.) In einer am Dienstag überbrachten Befreiung des Reichstagskabinett teilte der Reichsminister des Innern mit, daß die entlassenen amtlichen Wahlbehörden nicht vor dem 15. Mai zu erwarten sind. Das Reichstagskabinett besteht, bis zum Zusammentreffen des Reichstags im Mai zu ziehen.

(Berliner Eigenmeldung.) Der neu ernannte Reichspräsident wird auf Donnerstag den 22. Mai einzuberufen werden. Das neue Reichstagskabinett steht auf jeden Fall bis zum Zusammentreffen des



Die Wirtschaftslage im besetzten Gebiet.

Die Besserung der Arbeitsmarktlage steht hier im breiten Gebiet nicht so ausgeprägt fort wie in den Vororten. Hier und dort treten erhebliche Störungen auf. So z. B. in Lünen und Siegburg, da die Anforderungen der ehemaligen Industrien bedeutend zurückgegangen sind. Das Nördl. Büro zeigt auch die Rahmen- und Genügmittelindustrie schwappenden Gang.

Schon des brodelnden Erbors wegen interessieren selbstverständlich in erster Linie die Werke der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie. Sie sind zum Teil auf zwei bis drei Monate mit Aufträgen bereit. Die Konkurrenz der französisch-luxemburgischen und der belgischen Industrie ist in letzter Zeit durch die Erholung des Auslands erheblich abgeschwunden, und die Weltbewerbsfähigkeit des deutschen Industrie wurde dadurch gefestigt. Der Industriebedarf ist zwar groß, aber die Geldknappheit verhindert gelegentlich Aufträge. Die Preise für Walzereizeugnisse sind insgesamt nicht einheitlich und abhängig von dem Beschaffungsgrad der Werke. Die Verarbeitung mit Schrot ist ungewöhnlich; außerdem steigen die Schrotpreise schneller als die Rohstoffpreise sich erhöhen. Die Transportierung ist vor allem durch die Lieferungsverträge mit den schwedischen Erzeugern gesichert. Dagegen bleibt die Rohstoffversorgung durch die Werke im umstiebenden Deutschland infolge des Zolls von 10 Mark so gut wie unmöglich.

Der wunde Punkt ist die Preisfrage, die automatisch Lohnforderungen auslöst. Das Düsseldorfische Landesamt, das sich von Anfang an stark gegen die aus der Inflationszeit übernommene Preispolitik der Industrie gewandt und vor ihren Folgen gewarnt hat, glaubt jetzt vor der Lohnforderung zu müssen, die von der Wirtschaft genau so wenig getragen werden können. Es führt zu dem Thema u. a. aus: "Eine Lohnforderung ist heute etwas ganz anderes als in der Inflationszeit. Sie wird eine Spekulation gegen Preissteigerung sein, da eine Verbilligung der Erzeugung durch technische und organisatorische Maßnahmen nicht von heute auf morgen zu erzielen sind. Die Preiswelle war veranlaßt durch eine Verkenntnis der Konjunktur, die in Unternehmenskreisen langsam fortgesetzt wird. In der Arbeitswelt ist die Ansicht von der Stabilität der Konjunktur, sogar von einer Hochkonjunktur, weit verbreitet. Diese Ansicht ist eine der Triebfedern der Bewegung, da günstige Wirtschaftslage die Durchsetzung von Lohnforderungen erleichtert. Es wird darauf hingewiesen, daß die Unternehmen wegen der Auftragsabhängigkeit Unterbrechungen der Produktion wenn irgend möglich vermeiden wollen, während bekannte und einjährige Führer sich des Erfolgs nicht versichern, die Konjunktur in einem kritischen Moment sieht." Das Landesamt bestreitet in seinen Darlegungen, daß die Lohnforderung die Folge der Preiswelle und daß eine sinnvolle Preisreduzierung noch immer durch eine Reihe von wichtigen Momenten verhindert wird. Viele erwarten von dem Geldmangel ein Abheben von Loyerbeständen, das die Preise senken muß; jedoch bleibt immer noch unbestimmt, welchen Umfang die erwartete Krise im Warenauslauf annehmen wird.

Neue Bucheingänge

Gottschall, Die neue Erziehung	broch. 0.50
- Vaterland	0.50
Geyer, Curt, Drei Verdorber Deutschlands. Ein Beitrag zur Geschicht Deutschlands und der Reparationsfrage von 1920-1924	geb. 4,-
Hodson, Dr. U. und Mädels, Gespräche unter Komraden über die Geschichtsfrage	geb. 1.50
MacDonald, Die auswärtige Politik der englischen Arbeitssparte	0.80
Sartoris v. Wallersberg, Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte	part. 2.80 M
Winter, Kind und Sozialismus	geb. 2.80 M
Schwarzbach, Der neuen Zeit entgegen. Ein Frühlingspiel für die proletarische Jugend	geb. 0.80 M
Nova, Maispiel für die Arbeiterjugend	geb. 0.80 M
MacDonald, Deutsche Generale und Admirale in Kriegsführung und Kriegspolitik. Ein Beitrag zur Dolchstecherlegende	geb. 0.80 M

Buchhandlung Paul Hug & Co.

Rastattstrasse 16, Telefon 52.

Südliche Wermbebankstift Oldenbourg. 9.

Die Wermbebank ist morgens (Viertwoch) geöffnet und verabsagt Samstags, Montags, Dienstags, Mittwochs, Freitags und Sonntags geschlossen. (3044)

Die Lohnkämpfe wurden überall mit der größten Geduldertung geführt und gewöhnlich mit der Arbeitszeitfrage verknüpft. So wollten die Arbeitgeber im Bezirk Köln, die den Bahnen und Autofahrern Sonnagsarbeit und Verkürzung des Urlaubs gestatten, erst dann über Lohnherhöhungen mit den Transportarbeiterorganisationen verhandeln, wenn eine Verlängerung der Arbeitszeit festgelegt würde.

Ganz richtig hat angelohnt dieser Kampf der Arbeiter, das Gefühl, die neue Politik der Reparationspolitik spielt sich im wesentlichen auf den Rücken des Arbeiters ab. Das gilt insbesondere für den Bergbau, wo die Unternehmen durch eine höchst überflüssige Herabsetzung ihrer Kostenstellung die ohnehin geplanten Veränderungen an den Arbeitern weiter getrieben haben. Unter außerordentlicher Spannung ihrer Kräfte verhandelten die Gewerkschaften in den letzten Wochen, einen angemessenen Löhnsatzniveau herzuleitenden Ruf des Verbandskongresses ist dabei ja ganz von nichts erreicht worden. Lohnforderungen wurden mit dem Hinweis auf die Vertragsabstimmung abgelehnt. Am Schiedsgericht lehnten die Unternehmer aber ab, ebenso einen in der Arbeitszeitfrage ergangenen Spruch, der neben Verbesserungen für die Roferciung im wesentlichen die Weisheitserklärung der bisherigen Regelung vorlässt. Nunmehr ist auch von einer Neuentfernung des Bergarbeiter-Verbandes der Arbeitszeitentscheid sprach abgesehen worden, ja darüber hinaus beschlossen, nach dem 30. April die 7-Stundenschicht ohne Nebenarbeitszeit wieder zu verfügen. Gest noch dem Abschluß der Verhandlungen über den Mantelkorb, die Ende des Mai stattfinden haben, und nach Verbesserungen im Anknüpfungsfallen, wollen die Bergarbeiter der Frage der Nebenarbeitszeit wiederum übertragen.

Es kann kein Zweifel sein, daß dieser Beschuß von den Unternehmern als eine Kampfansage gewertet werden wird, und schlägt die nächsten Tage können die schwersten sozialen Konflikte im Ruhrgebiet bringen. Mit der kommunistischen Taktik, die in den letzten Tagen in maßlosem Demagogie versucht, die Wissensbildung der Arbeiterschaft für ihre Zwecke einzufangen, um ein Feuerwerk nach ihrer Planen anzuzünden, hat die Stellungnahme der Bergarbeiter zu der Arbeitszeitregelung nichts zu tun.

Wie kam die französische Stabilisierungsnleihe zustande?

Das Havasbüro veröffentlicht eine längere Note, die sich mit einer gestern im "Daily Telegraph" befindlichen Nachricht beschäftigt. Dieses englische Blatt teilte mit, daß die Anteile zur Monetarisierung des Staates, die Frankreich in den Vereinigten Staaten aufgenommen habe, von den amerikanischen Schwerverhandlungen unter der Bedingung annehmen worden waren, daß Frankreich die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit des Reiches übernehme. Das Havasbüro er-

klärt, es sei vom französischen Ministerium des Finanzien zu der Monetarisierung ermuntert, doch die in diesem Artikel des "Daily Telegraph" angeführten Angaben nicht den Tatsachen entsprechen. Diese Angaben, so meint das Havasbüro, seien ein beständiges Manöver, das dazu bestimmt ist, Frankreich und seinem Bruder zu föhren. Außerdem seien diese Angaben besonders bedecktig für die amerikanischen Kaufverbündeten, deren Haltung außerordentlich korrekt gewesen sei, und die, wie alle Kaufverbündeten erklären, sich in keine politischen Fragen einzubringen wünschen.

Die französische Eisenbahngesellschaft in Damaskus
hat die deutsche Regierung auf Zahlung einer Summe von 137.700 Franken als Schadensersatz verklagt für die Schäden, die sie im Laufe des Krieges erlitten hat.

Kleinrentner-Hilfestellung

wird am Freitag, dem 9. Mai, von 9 bis 12 Uhr vormittags, in der Stadtkammer ausgebahlt.

Brake, den 7. Mai 1924.

Stadtmaisterat. Brake.

Berlauf eines besseren Einfamilienhauses

Der National Union Club bleibt bestehend, wegen anderweitiger Unternehmungen seine in Schönhaugen innerhalb des Kreises der Weiterentwicklung gegenüber belegene Grundstelle, bestehend aus dem im Jahre 1922 erbauten Wohnhaus mit Stall und etwa 61 qm großen Hof- und Gartengründen, mit absolutes Entzug zu verkaufen und steht öffentlicher Verkaufstermin dazu an auf

Montag, den 12. Mai 1924,

nachmittags 5 Uhr,

in der Rathaus (Brake) hierfür. Die Wohnung unterliegt nicht der Zwangsauflösung und kann deshalb auch von Auswärtigen bezogen werden.

Die Gebäude sind in modernem Stil und bequem gebaut. Es bietet sich hier eine günstige Raumgelegenheit.

Ausgliedhaber lobt ein

Brake, den 7. Mai 1924

A. Tegtmeier,

Umlicher Auktionsat.

Billig! Billig!

Gemeinde Eversten.

Die Übung der Beiträge zur Bevölkerungsliste für das Jahr 1924 findet wie folgt statt:

für die Gemeinde I, II und III am Montag, dem 12. Mai, nachmittags von 3 bis 6 Uhr in J. Holts Wirtshaus.

für Eversten III am Dienstag, dem 13. Mai, nachmittags von 2 bis 4 Uhr in H. Schultes Wirtshaus.

für Eversten IV und 5. Wohlstand den beiden Tagen, nachmittags von 4 bis 6 Uhr in G. Kellers Wirtshaus.

Die Friedenshütte am Mittwoch, dem 14. Mai, nachmittags von 1 bis 2 Uhr in W. Niedersches Wirtshaus.

für Eversten II am Donnerstag, Tag nach der Übung, von 2 bis 4 Uhr in D. Schmidts Wirtshaus.

für Blohsfelde den beiden Tagen, nachmittags von 5 bis 7 Uhr im K. Kötters Wirtshaus.

für Bleckede, Olen, Wehnen am Donnerstag, dem 15. Mai, nachmittags von 1 bis 4 Uhr im W. Wielkes Wirtshaus.

für Eversten und Olenfelde den beiden Tagen, nachmittags von 4 bis 7 Uhr in G. Herren Wirtshaus in Metjendorf.

Zur Übung erlangt pro Mitglied 150 Goldmark. Beitragspflichtig sind alle Verlorenen, die am 1. Mai 1924 oder 18. Februar erreicht haben.

Eversten, den 6. Mai 1924.

Der Gemeinderat. Bruns.

Grünberg, Oldenburg

Surwiedstraße 5.

Beachtenswert. Sonderangebot

Gardinen und Spannstoffe in großer Auswahl, Meter von 50 Pf. an.

Reisen, Riesenanzahl von 5.800 an.

Bettdecken 8-10-12-14 Mk.

Künstlergardinen 9-10.50-12.50

Schreibengardinen v. 1.20 an 14.50

Etagen, 150 cm breit Mr. 1.95, 150 cm

breit Mr. 1.80

Kommode und Schranken von 2.25 an

Spiegeldecken 4.50 Mk.

Köppelspitze, 7 cm breit, Mr. 30 Pf.

Spitzenzauber Seelenfreund

3241 Oldenburg i. O., Gaststr. 22.

AHRENS & THIELE SCHULTZE & JULIUS

Ludwigstraße 15 Nordenham Fenntr. Nr. 163

Bier-, Wein- u. Spirituosen-Großhandl.

Mineralwasser-Fabrik Fabrik alkoholfreier Getränke

Leser, berücksichtigt die Insolenten Eurer Zeitung!

Herren-Hüte und Mützen

Herren-Wäsche

Gummi-Mäntel

u. Sportpaletots

Robert Löwy

Ed. Berger Nachf.

Fenntr. 314 Nordenham Bahnhofstr. 18

Bier

Wein

Adolf Köhler
Nordenham - Tel. 49

Spirituosen

Geschäfts-Rundschau und Dauer-Fahrplan.

Auffahrt von Nordenham (ohne Gewähr)

Richtung Bremen: 6^{1/2} W^{1/2} 10^{1/2} 2^{1/2} 6^{1/2} 9^{1/2}

Richtung Rodenkirchen: 5^{1/2} W^{1/2} 12^{1/2} W^{1/2} 4^{1/2} 5^{1/2}

Richtung Eckwarderhörne: W^{1/2} 8^{1/2} W^{1/2} W^{1/2} 9^{1/2} (nur bis Eckwarder)

* Dampfer-Anschluß: + Anschluß nach Geestemünde nur Sonntags. § nur bis Rodenkirchen.

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

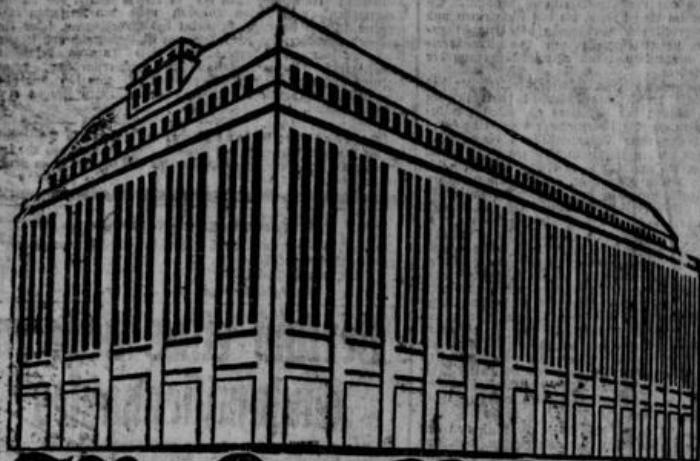
■

■

■

■

■</



Viele fleissige Hände

sind seit Wochen mit den großzügigen Vorbereitungen für unsere in Kürze stattfindende

ERÖFFNUNG

beschäftigt. Zweifellos wird der Erfolg unserer Leistung sprichwörtlich und ungeahnt

groß werden. Wir werden Qualitätsware zu konkurrenzlos billigen Preisen verkaufen können, da wir durch unse're eigenen großen Fabrikationssäften in der Lage sind, die Waren auf billigstem Wege zu beziehen. – Wir machen heute schon darauf aufmerksam, daß wir Waren, die nur den Schein der Billigkeit erwecken, nicht führen werden.

Saarstadt

Gemeinnütziger Bau- und Siedlungs-Berein der Judentüdie.

Aufmarschtag, den 8. Mai 1926, abends 8 Uhr,
im Volkshaus (Griesbachstr.), großer Saal.

Versammlung.

Zugeladung wird in der Versammlung verlesen gegeben.
Aufnahme wird an denselben Abend vorliegen. Dauerung einer Stunde
früher. Interessenten sind willkommen. (240) Die Kommissionen.

Viktoria-Versicherung

Leben-, Unfall-, Haftpflicht-, Reise-, Einbruch-, Diebstahl-,
Raub-, und Transport-Versicherung

Wir haben in Wilhelmshaven-Nordringen jezt die ersten
Unterstet 25. Mietzlemann, Wilhelmshaven, Wallstraße 23
Unterstet 26. Mietzlemann, Wilhelmshaven, Wallstraße 123 u.
231. Tel. N. 22666. Mietzlemann, Wilhelmshaven, Wallstraße 123 u.
231 mit der Wohrschauung unserer Unterstet preisen. Es kann
gern auch Anfrage über die Wohrschauung aller Wohrschauungen
Die Subdirektion der, Viktoria zu Berlin.
Gern. Werner, Oldenburg, Goddelauer Straße 10.

Schuh- und Sporthaus Lübben

Ecke Victoria- und Götzenstraße. Telefon 275.
gegenüber der Kugelschule.

Öffentliche Bezugsquelle für sämtliche Sport-Artikel!

Wertehaus Weige, Wilhelmshaven

Fernruf 1808. Prinz Heinrich-Straße. Fernruf 1809.

Mit dem heutigen Tage habe ich meinen Betrieb durch Einführung einer Steindruckerei vergrößert. Bei Bedarf bitte ich freundlich um Besuchsichtigung. Vertreterbesuch unverbindlich. Anfertigung von Hochzeitseinlagen, Vereinszeitungen, Plakaten usw. usw. in kürzester Frist zu zeitgemäßen Preisen.

Kolonial- und Backwaren
lassen Sie am besten bei
Anton Jochens, Heidmühle.

Urgeschäftliche Büro. Richtige Versicherung

30 Maurer

Hausmeister und Betriebsgründ. 1890
Joh. Wasmann, Baumwollhalle
Oldenburg, Bismarckstraße 2.
Bereit 1156.

ADLER

Folgen Sie mir das große
Mai-Programm!!

Deutscher
Baugewerksbund
Wohringen Wilhelmshaven

Wohringen Wilhelmshaven</

Die Neuregelung der Mietzinsbildung
in Preußen.

Uns wird von zuständiger Stelle geschrieben: Nachdem durch die Verordnung über die Mietzinsbildung in Preußen vom 17. April 1924 die bisherigen Ausführungsverordnungen aufgehoben und die Entwicklung zu einem vorläufigen Stillstand gekommen zu sein scheint, ist es angebracht, den augenblicklichen Stand der Mietzinsgebung im Zusammenhang klar zu stellen.

Gestellung der Friedensmiete: In der Verordnung vom 17. April 1924 ist nunmehr unangemessen festgestellt, daß als Friedensmiete nicht nur die bare Miete gilt, sondern auch alle sonstigen Verpflichtungen, die der Vermieter oder Mieter am 1. Juli 1914 in Abweichung von den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs übernommen hat, in Gold zu entschädigen sind. Anfang kommt hier in erster Linie die Vermögensverteilung, die nach der Reichspräsidierung des Reichsgerichts Sache des Mieters war. Sollte die Vermietung bis zum 1. Juli 1914 übernommen hatte, hat das demnach eine Erhöhung der Friedensmiete zur Folge. Unterstreich waren die Schönheitsreparaturen an sich Kosten des Vermieters und bedingen eine Herabsetzung der Friedensmiete, da die Miete für den 1. Juli 1914 übernommen hatten. Die Veranschlagungen dieser Kosten in Gold erfolgt durch die Gemeinde oder das Mietzinsamt.

Nicht zur Friedensmiete gehören die Kosten für Sammelbelebung und Wärmetaufversorgung. Ebenso für Nebenkosten, die nur einzelnen Mietern zugute kommen, z. B. die Spiegelglasersicherung. Sollte in der Friedensmiete vor der vorliegenden ein Betrag enthalten, der ist entsprechend den Magistratsbelantragmachungen dieser Miete abzugrenzen.

Die Grundmiete ist fortgesetzt. Alle Zuschläge werden in hundertstausend den nach obigen Grundsätzen errechneten Friedensmiete eingegangen.

Betriebszölle: Durch den Betriebszölfzuschlag werden die bisherigen Betriebszölle abgezogen mit Ausnahme der Vermögensaufschluss und der Kosten für das Reinigungsmaterial. Diese sind nunmehr in dem beladenen Zuschlag für Vermögensaufschluss, Reinigung und andere enthalten.

Leben diese Betriebszölfzuschlag können die tatsächlichen Aufwendungen in gewissen Fällen umgelegt werden. Falls der Betriebszölfzuschlag allgemein zur Dedung nicht ausreicht, kann der ungebedeckte Mehrbetrag bis zur Höhe von 3 Proz. angelegt werden. Sollte im letzten Zahlungsschritt mehr als 3 Proz. der Friedensmiete an Waffergeld verbraucht ist, und der Zuschlag von 18 Proz. zur Dedung der Betriebszölle einschließlich des Waffergeldes nicht ausreicht, so können auch über 18 Proz. hinaus die Nebenkosten an Waffergeld umgelegt werden. Sind die Betriebszölle nicht so hoch, als die eingegangenen Gelder, so sind die Überschüsse auf die Nutzungen der nächsten Zahlungssperiode in Anrechnung zu bringen. Die Haushaltsteuer, die 400 Proz. der vorläufigen Steuer vom Grundvermögen beträgt, wird ebenfalls neben der Miete umgelegt, und zwar kann der Haushalter nach ausdrücklicher Anordnung des Volkswohlfahrtsministers die Umlage in voller Höhe selbst dann vornehmen, wenn ihm selbst auf Grund der Haushaltsteuerordnung Einschätzungen bewilligt werden. Diese Berechtigung findet ihre юdliche Begründung in der Tatsache, daß die Haushaltsteuer eine Steuer auf Inflationsgewinn sein soll und dem Haushaltsteuer Einschätzungen nur dann zugeteilt werden, wenn er nachweist, daß sein Grundstück ihm einen Inflationsgewinn nicht eingesungen hat.

Die oben erwähnten, nicht in der Friedensmiete enthaltenen Kosten für Sammelbelebung, Wärmetaufversorgung und Spiegelglasersicherung werden gesondert berechnet und auf die in Frage kommenden Mietparteien in voller Höhe umgelegt.

Instandhaltungsarbeiten: Die Regelung der Instandhaltungsarbeiten ist auf eine neue Grundlage gestellt worden.

Falls die Schönheitsreparaturen von den Mietern übernommen sind, was in Wilschonhausen auf Grund der Magistratsverordnung vom 29. Mai 1923 allgemein der Fall ist, so ist der Vermieter berechtigt, den laufenden Instandhaltungsbeitrag um einen bestimmten Hundertstausend zu liegen, ist aber in diesem Falle auch verpflichtet, die Reparaturen auf seine Kosten ausführen zu lassen. Genügt es dieser Blücht nicht, so kann der Vermieter die Schönheitsreparaturen wieder selbst ausführen lassen und darüber, den der Mieter vom nächsten Zahlungstermin ab den vollen Instandhaltungszuschlag bezahlt.

Im übrigen ist der Vermieter nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches verpflichtet, die notwendigen laufenden

Instandhaltungsarbeiten vornehmen zu lassen. Kommt er dieser Pflicht nicht nach, so hat die Gemeindebehörde auf Antrag des Vermieters oder der Mietervertretung das Erforderliche zur Sicherung der Ausführung der Arbeiten zu veranlassen; insbesondere kann sie den Vermieter unter Bedrohung einer Strafe bis zu 1000 Goldmark eine Frist bestimmen, innerhalb derer er die Arbeiten auszuführen hat. Sie kann ferner noch erfolglosen Ablauf dieser Frist den Mieter zur Benutzung dieser Arbeiten erlauben. Zu diesem Falle ist der Mieter zur Dedung seiner Unkosten von der Zahlung des Instandhaltungszuschlags befreit. Die Gemeinde ist nach berechtigt, die Arbeiten selbst auszuführen zu lassen und die laufenden Instandhaltungszuschläge von den Mietern direkt einzuziehen. In der neuen Verordnung ist zum ersten Male ausgesprochen, daß der Vermieter die Arbeiten nur im Rahmen der ihm für laufende Instandhaltungsarbeiten aufgeschlossene Mittel auszuführen hat. Dafür ist der Mietervertretung ein Kontrollrecht über die Verwendung dieser Gelder eingeräumt, das sie in der Zeit vom 1. bis 10. Februar und vom 1. bis 10. August eines jeden Jahres ausüben kann.

Sind große Instandhaltungsarbeiten, die seit Oktober 1920 ausgeführt oder in den nächsten 12 Monaten auszuführen sein werden, kann nach wie vor ein besonderer Zuschlag bis zu 3 Proz. der Friedensmiete bewilligt werden. Dieser ist aber zu berücksichtigen, daß ein großer Instandhaltungsarbeiten keinen: Die vollständige Gewinnerzielung der Dachräume und Abwasserrohre, das Ausreden des Daches, der Abzug oder Anstrich des Daches in Leuten, der Renovierung des ganzen Treppenhauses im Innern, die Errichtung der Heizungsanlage bei Siedlungsbauten und Wärmetaufversorgung.

Alle anderen Arbeiten sind ohne Rücksicht auf die Höhe der Kosten laufende Instandhaltungsarbeiten und als solche von dem Vermieter zu begleichen.

Untermiete: Die Untermiete wird in derselben Weise berechnet wie bisher, doch zu der geschilderten Miete für den leeren Raum ein Zuschlag für Möbel usw. bewilligt wird. Doch wie vor ist es unzulässig, daß der Haushalter von seinem Mieter wegen Unterwertung noch einen besonderen Zuschlag erhält.

Mietervertretung: Jeder Mieter ist berechtigt, die Wahl einer Mietervertretung zu betreiben. Bei dieser Wahl, welche formlos erfolgt, hat jede Mietpartei eine Stimme, der Untermieter nur, wenn der Hauptmieter nicht in der Wohnung wohnt. Das Wahlgeheim ist dem Vermieter mitzuteilen.

Die Mietervertretung ist an sich nicht gesetzlich vertreten.

Durch die Betriebszölfzuschlag allgemein zur Dedung nicht ausreicht, kann der ungebedeckte Mehrbetrag bis zur Höhe von 3 Proz. angelegt werden.

Sollte im letzten Zahlungsschritt mehr als 3 Proz. der Friedensmiete an Waffergeld verbraucht ist, und der Zuschlag von 18 Proz. zur Dedung der Betriebszölle einschließlich des Waffergeldes nicht ausreicht, so können auch über 18 Proz. hinaus die Nebenkosten nicht so hoch, als die eingegangenen Gelder, so sind die Überschüsse auf die Nutzungen der nächsten Zahlungssperiode in Anrechnung zu bringen. Die Haushaltsteuer, die 400 Proz. der vorläufigen Steuer vom Grundvermögen beträgt, wird ebenfalls neben der Miete umgelegt, und zwar kann der Haushalter nach ausdrücklicher Anordnung des Volkswohlfahrtsministers die Umlage in voller Höhe selbst dann vornehmen, wenn ihm selbst auf Grund der Haushaltsteuerordnung Einschätzungen bewilligt werden. Diese Berechtigung findet ihre юdliche Begründung in der Tatsache, daß die Haushaltsteuer eine Steuer auf Inflationsgewinn sein soll und dem Haushaltsteuer Einschätzungen nur dann zugeteilt werden, wenn er nachweist, daß sein Grundstück ihm einen Inflationsgewinn nicht eingesungen hat.

Die oben erwähnten, nicht in der Friedensmiete enthaltenen Kosten für Sammelbelebung, Wärmetaufversorgung und Spiegelglasersicherung werden gesondert berechnet und auf die in Frage kommenden Mietparteien in voller Höhe umgelegt.

Instandhaltungsarbeiten: Die Regelung der Instandhaltungsarbeiten ist auf eine neue Grundlage gestellt worden.

Falls die Schönheitsreparaturen von den Mietern übernommen sind, was in Wilschonhausen auf Grund der Magistratsverordnung vom 29. Mai 1923 allgemein der Fall ist, so ist der Vermieter berechtigt, den laufenden Instandhaltungsbeitrag um einen bestimmten Hundertstausend zu liegen, ist aber in diesem Falle auch verpflichtet, die Reparaturen auf seine Kosten auszuführen zu lassen. Genügt es dieser Blücht nicht, so kann der Vermieter die Schönheitsreparaturen wieder selbst ausführen lassen und darüber, den der Mieter vom nächsten Zahlungstermin ab den vollen Instandhaltungszuschlag bezahlt.

Im übrigen ist der Vermieter nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches verpflichtet, die notwendigen laufenden

Instandhaltungsarbeiten vorzunehmen.

Der Meister. Roman von Ludwig Kapeller.

29) **Rückdruck verboten.**

Hinter der Tür, die ich eben geschlossen hatte, klirrte eine Stimme: „Alles da?“

„Jawoh, Herr Kommissar!“ kam es gedämpft aus dem Dunkel zurück.

Wiemann stellte sich an die Scheide der Haupttür und schaute hinaus.

„Was ist es?“

„Halt an! Noch zwei Stunden, Herr Kommissar.“

Drinnen fuhr ein Mann mit einem Handwagen vorüber; er schien schwere Last zu führen, die mit einer großen Decke verdeckt war; vor der Haustür hielt er still und schlug die Arme um seinen Leib, um sich zu wärmen; dabei war er einen verstoßenen Blick auf das Tor.

„Wer ist das?“ fragte Wiemann in das Dunkel hinter sich.

„Wachmeister Müller mit zwei Diensthundwagen.“

„Die Dame auch drauß?“

Der Mann mit dem Handwagen schob weiter; er ist vornehmlich englisch, wie ein Sämann, der schwere Beute in Scherben.

Die Vorstellungen schwanden langsam in die Nacht. Die Straße war menschenleer. Nur ob und ob stande der Sämann vorüber und jenesmal schwante der Mann die Arme um den Körper.

„Zimmer noch nichts gerichtet!“ berührte Wiemann diesmal deutlicher nach hinten.

„Freudende Uhr schlägt eins. Noch immer war die Straße einsam und still.

„Wenn wir da nicht auf einen loslichen Leim getroffen sind!“

sagte einer der Beamten.

Der Handwagen kam vorüber und der Mann schwante mit den Armen.

„Noch nichts!“ flüsterte Wiemann und in seiner Stimme zitterte die Freude.

Ein Glöckchen klang herüber: viertel zwei.

Wiemann bedachte die Straße; sein lebendes Leben war zu erlösen.

„Waffs versteckt halten, Lampen prüfen!“ gab Wiemann noch Befehl.

Die Beamten erhoben sich und drängten in die Nähe der Tür; Sämann schwante leise und unter dem Schuh der Männer sah man für einen Augenblick Lampen auf.

Wiemann drehte ganz vornehmlich den Schlüssel im Schloß; das Tor war offen.

„Da sollte draußen hoffnig ein Handwagen vorüber.“

Die Straße hörte sogenan Schritte näher; ganz unregelmäßig, als hätten sie Gewalt über sich verloren. An der Mauer des Reichsbahngebäudes entlang vorstieß ein Betrunken: er trug einen dünnen Mantel und pendelte auf dem schmalen Steig hin und her; er umflogte den Fuß einer Paterne, ließ ihn wieder los und ein neuer. Sich seine Trunkenheit schwedete kan gegen die Mauer; er fiel schwerer, nerzte vor die Ostwand eines Reiterstandbildes des Kriegerdenkmals.

„Hoffst faulste der Betrunken an den Gitterstäben des Kriegerdenkmals.“

Wiemann öffnete ganz leise die Tür zu einem schmalen Spalt und lärmte.

Da hörte er ein feines Gedröh, wie das Glitschen einer Zelle über.

Der Betrunken schwieg reglos dazulegen; seine Hände verloren sich im Dunkel der Fensterlinie.

Plötzlich rückte er sich auf und schaute die Straße hinunter; er hörte zu hören. Dann fiel er wieder zusammen und seine Hände bohrten sich in das Dunkel.

Ganz deutlich hörte Wiemann jetzt das Geräusch der Zelle.

Da hörte er innerlich ein Handwagen um die Ecke. Wieder rückte er sich auf und schwankte wieder zurück und begann ein Bild zu ziehen.

Der Handwagen kam näher; vor dem Betrunken mochte er hören.

„Wachmeister, mach' nich' so'n Knack!“ hörte der Handwagenmann, leise den Mantel und schwante sich dem Betrunken.

Da sprang dieser plötzlich auf und in seiner Hand blitzte blinder Waffs; und nächsten Augenblick schon zog sich am unteren Ende ein Waffs an und ein Waffs hielt himpernd auf die Steine.

Über die Straße ließen dunkle Gehälften und im Nu war der Betrunken umgestoßen und gefallen.

Die Beamten laubten die Gitterstäbe ab; sie waren angefeilzt.

Wiemann packte den Betrunken und lehnte ihm den Blaufächer seiner Lampe ins Gesicht; überrascht fuhr er zurück: es war nicht Kremer!

Er wollte eine Kerze an; da jaulte zöpisch die Hunde davon, rastete um eine Ecke in die Niederschulstraße hinein.

Da gelte ein Schot durch die Seite der Hütte, hell und hoch, wie der einer Trompete.

Dort standen hundreß hintereinander zwei Schüsse und die Hunde heulten auf.

Als die Beamten den Hausschlüssel erhielten, schwante sich das einer der beiden Tiere vor ihre Füße und mindestens ein Hund kam auf.

Die Beamten holten der Blaufächer und luden in der Nähe der Straße den Hausschlüssel in seinem Blaufächer.

„Das war offen.“

Wiemann bedachte ihn, wie er zusammengeknautzt war, und seine Lampe war aus.

„Woher kamst du?“

„Aus dem Kriegsgefangenenlager.“

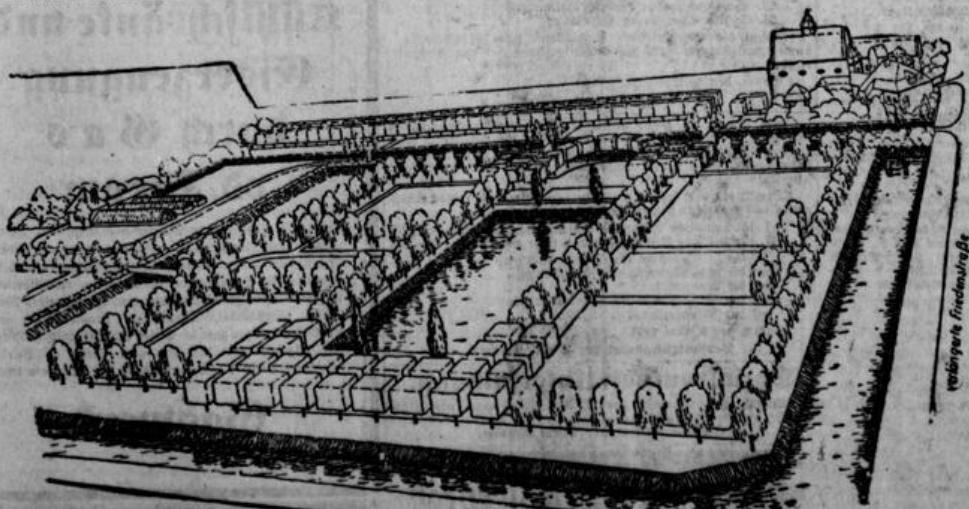
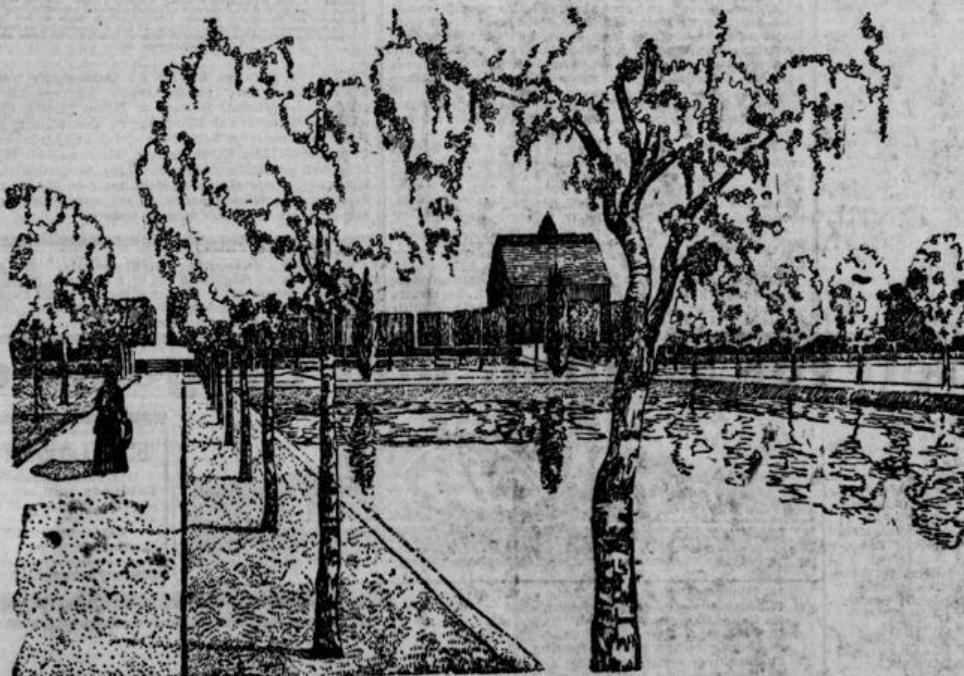
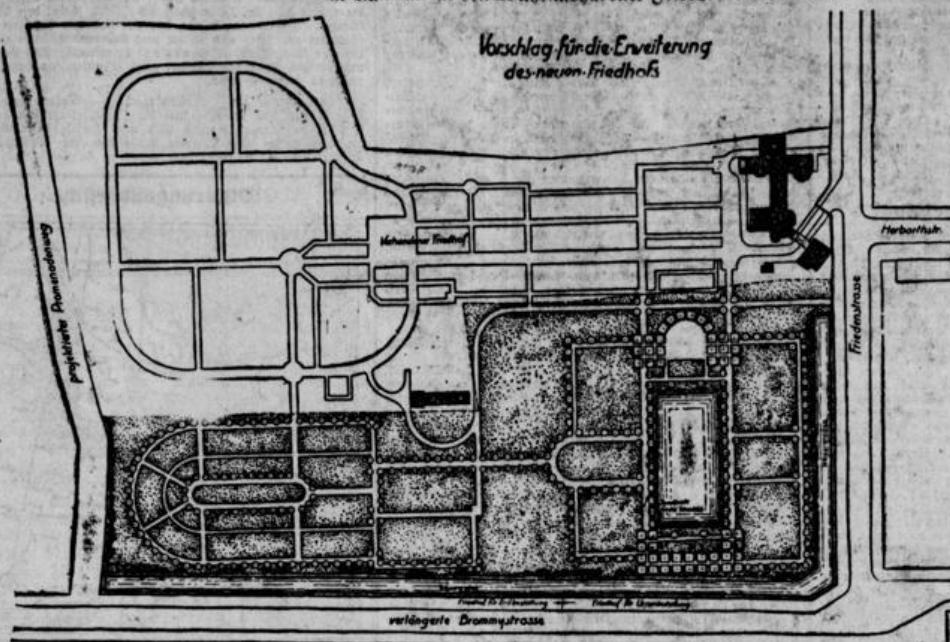
„Woher kamst du?“

„Aus dem Kriegsgefangenenlager

Der Urnenhain für Wilhelmshaven-Müstringen

im Anschluß an den Wilhelmshavener Friedhof in Müstringen

Vorschlag für die Erweiterung des neuen Friedhofs



Im Jahre 1908 wurde der kleine 2,5 ha große Friedhof der Stadt Wilhelmshaven an der Alsteroesteite in Müstringen in Betriebe genommen. Entgegen den früheren Absichten sind in den letzten Jahren nach und nach auch die parterreartig angelegten Teile im Grabfelder umgewandelt worden. Eine Erweiterung des Friedhofs läßt sich somit nicht mehr lange hinausschieben. In den früheren Jahren wurden auf dem Wilhelmshavener Friedhof auch viele aus Müstringen Einwohner bestattet. Sie müssen aber in den letzten Jahren wegen Raumnot leiden, ganz auszuforschen werden. Da auch die Müstringer Friedhöfe erweiterungsbedürftig sind, stehen beide Städte zusammen die Errichtung einer neuzeitlichen Verbrennungsanlage und eines Urnenhauses. Hierdurch wird die Krise der Friedhofserweiterung für beide Städte in der wirtschaftlich schweren Zeit auf die Wilhelmshavener Seite gelöst. Dem einfachen und beiderdeutlichen Plan kommt nun der Vorrang gegeben. Da für die Urnenbestreuung viel weniger Gelände als für die Erdbestattung benötigt wird, konnte die räumliche Erweiterung des Friedhofes auf ein Minimum beschränkt werden. Wenn sich die Bevölkerung gut entfaltet, wird noch eine nachmalige Erweiterung für die Friedhöfe vermeiden lassen, was für beide Städte wünschenswert erscheint.

In unserer niedrig gelegenen Gegend werden durch den hohen Wasserstand im Boden der Grabsteinhaltung besondere Schwierigkeiten bereitet. Nur auf den erhöhten Wörken im Umkreis der Kirchen war es möglich, den Toten eine vom Wasser freie Ruhestätte zu schaffen. Je mehr sich jedoch die Ortschaften verdichten, um so schwieriger und kostspieliger wird die Anlage des Friedhofs, die um 1 bis 2 Meter genau das umliegende Land aufgedehnt werden müssen. Wo dies nicht möglich ist, auch man die Toten oft in eine mit Wasser gefüllte Grube einsetzen, was den Empfindungen, die uns mit der Ruhestätte unserer Toten verbunden, aufzuerläuft.

Weiter als anderwärts verdient daher in unserer Gegend die Urnenbelebung Befreiung und Bequemlichkeit. Keine alte Grube ist daher mehr erforderlich. Nach unter der Erde ein kleiner Blumenbügel oder Blumkasten darf die Ruhestätte. Die mit dem Friedhof überein oft verbundene Trauerfeier findet die Trauergäste in der Kapelle statt und anschließend daran die Verbrennung. Die Verbrennung des Urns erfolgt in der Regel einige Tage später im Urnenhain, dessen Anordnung im Zusammenhang mit den schon bestehenden Friedhofsanlagen die vorhandenen Abteilungen dezentralisieren kann.

Das Krematorium ist nicht als grohe selbständige Anlage mit Kapellenbau, Aufbahrungsräumen und allen Nebenanlagen gedacht. Da eine geräumige Kapelle mit völlig unterschiedlichen Nebenanlagen bereits vorhanden ist, genügt ein schlichter Anbau zur Aufnahme des Verbrennungsraums. Wie bei der Grabsteinhaltung findet die Trauergäste in der Kapelle statt und anschließend daran die Verbrennung. Die Verbrennung des Urns erfolgt in der Regel einige Tage später im Urnenhain, dessen Anordnung im Zusammenhang mit den schon bestehenden Friedhofsanlagen die vorhandenen Abteilungen dezentralisieren kann.

Der Hauptzugang führt aus der Umgebung der Kapelle in den Urnenhain und bildet weiterhin die Uferfront an zwei Seiten eines Wasserbeckens, welches inmitten des Urnenhauses liegt. An der Süd- und Westgrenze sind der See durch Wassergräben abgeschlossen, eingeklammert von Weihrauchpflanzungen, die Rettensweise Grabsteine Einsiede auch vor der Strömung aus offen lassen. Über der Wasserfläche zeigt den Blick von dem nördlichen Uferweg über das Wasserbecken nach der Kapelle ins Santuarium. Gestört durch die Einschneidung der Anlage ist eine himmelunendliche Weitemma entfernt. An der südlichen Wasserfläche befindet sich ringsum kleine Bäume, umschlossen von dichten, dunklen Lindenbäumen.

Die Anordnung der Gräber in die Gesamtanlage kann unbestimmt und jeder erzielen, als bei der Grabsteinhaltung. Unangenehme Grabmale können besonders Bewerbung vorwerben nur noch ausnahmsweise an den Endpunkten des Weges und auf kleinen Blöcken.

